

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Verleger und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 23.

Verleger: A. Auer, Leipzig. — Druck: A. Auer, Leipzig. — Postamt: Leipzig Nr. 1000.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 141

Sonnabend, den 18. Juni 1932

27. Jahrgang

Lausanner Reparationskonferenz eröffnet

Rede MacDonaldis — Die finanzielle Erbenschaft des Krieges muß liquidiert werden — Antrag auf sofortige vorläufige Verlängerung des Hoover-Moratoriums — Reichkanzler von Bapen über die Reparationen

Lausanne, 16. Juni. Die feierliche Eröffnungssitzung der Lausanner Konferenz begann, wie schon kurz berichtet, heute vormittag um 10 Uhr in dem Renaissance-Saal des Hotels Beauvillage. An einem hufeisenförmigen Tisch hatten zur Linken des Präsidenten MacDonaldis die Mitglieder der englischen Delegation, Chamberlain, Samuel, Runciman, anschließend die deutschen Delegierten Reichskanzler von Bapen, Reichsaussenminister Freiherr von Neurath, Finanzminister Graf Schwerin und Wirtschaftsminister Warmbold, zur Rechten die französischen Delegierten Ministerpräsident Herriot, Finanzminister Bernheim, Handelsminister Duvard, Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Vaganon und Bonnet, ferner die italienische Delegation mit Grandi, Rocconi, Beneduce und Wiperti Platz genommen. An den beiden Bänken schlossen sich zur Linken die Abordnungen Japans, Australiens, Canadas, Griechenlands, Portugals und Jugoslawiens, zur Rechten die Belgien, der Tschechoslowakei, Neuseelands, Polens und Südafrikas. Nach Begrüßungsworten des schweizerischen Bundespräsidenten Motta ergriff

MacDonaldis

das Wort. Er wies darauf hin, daß die Konferenz im Schatten der bedenklichsten Wirtschaftskrise zusammengetreten, die jemals die Welt in Friedenszeiten betroffen habe. „Die ganze Welt sieht auf uns“, so führte er aus, „und hat niemals von einer internationalen Konferenz früher so bringliche Abmachungen erwartet, die zur Beseitigung der bestehenden Notlage beitragen können. Vor kurzem hat das Wirtschaftskomitee des Völkerbundes uns darüber unterrichtet, daß der Wert des internationalen Handels heute nur noch die Hälfte oder vielleicht weniger als die Hälfte dessen ausmacht, was er Anfangs 1929 betrug, daß die Zahl der Arbeitslosen sich mehr als verdoppelt hat und

20 bis 25 Millionen Menschen heute ohne Arbeit

sind, und daß diese Lage täglich schlechter wird. Ich lege Wert darauf, zu betonen, daß es sich um eine Weltkatastrophe handelt. Es kommt nicht auf die Richtung der Regierung an, die an der Spitze steht. In jedem Falle gerät der Staat in Armut und das Einkommen der Völker geht zurück. Die Fürsorgemaßnahmen müssen eingeschränkt werden, wenn Bankrotte vermieden werden sollen. Die Hilfe, die die Gemeinschaft dem einzelnen geben kann, muß vermindert werden. Die Lebenshaltung, die der Zivilisation entspricht, sinkt ab, und um seine Finanzen zu stützen, hat ein Staat nach dem anderen Einschränkungen des Außenhandels vornehmen müssen, die unvermeidlich dazu beigetragen haben, die Abdriftung zu verschlimmern, in der sich die Völker befinden. MacDonaldis betonte, daß es keinen Unterschied zwischen Frankreich, Italien, Deutschland, Amerika oder Großbritannien und der übrigen Welt in diesem Hinsicht gebe. Es handele sich um ein System, das unter unseren Füßen zusammenbräche. Niemand könne bei dem Wiederaufbau sich fernhalten. Wenn man feststelle, daß eine Politik getrieben worden sei, die die einfachsten Wirtschaftsgefühle verletze, von denen die Wohlfahrt und der internationale Gütertausch, die Aufrechterhaltung vernünftiger Preise und die Konsumfähigkeit abhängen, so müsse man sich entschließen, dazwischen zu treten, um die Wende herbeizuführen, die zu erreichen sei. Man habe heute einen Teil der Ursachen dieser Notlage zu behandeln, eine dringende Frage:

die finanzielle Erbenschaft des Krieges, ihre Wirkung auf die Weltwirtschaft müsse durch ein Abkommen liquidiert werden.

Dies könne nicht das Ende der staatsmännischen Arbeit sein, aber ein wirksamer Beginn. Im weiteren legte der Premierminister die politischen und psychologischen Wirkungen des gegenwärtigen Zustandes dar und erklärte, daß die Aufgabe nicht nur eine technische, sondern eine solche der Grundsätze sei. Ein Grundsatz sei sicherlich sehr klar: die Konferenz unterbreite: feierlich eingegangene Verpflichtungen könnten nicht durch einseitige Verleugnung beseitigt werden. Wer dieses Prinzip verwerfe, wie er überzeugt sei, von niemand angefochten.

Diesem Prinzip stehe aber die Notwendigkeit gegenüber, Verpflichtungen, die sich als unerschütterlich erwiesen hätten, durch Unberechnung zu wackeln.

Beide Teile eines Abkommens müßten immer bereit sein, die Tatsachen in Erwägung zu ziehen, und unter diesen

Tatsachen sei nicht nur zu ermitteln, ob die bisher aufgestellten Pläne unzulängliche Besten gewesen hätten, sondern ob sie durch ihre wirtschaftliche, finanzielle und handelsmäßige Unvernunft zu dem beklagenswerten wirtschaftlichen Zustand beigetragen hätten, in dem sich die Welt jetzt befinde. Der Erfolg in Lausanne kann nicht voll geerntet werden ohne Genf. Wenn Staatsmännern die wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwinden soll, die uns hier beschäftigen, so muß eine Periode wirtschaftlicher Ruhe gewährleistet werden, in der die Völker ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten in Ordnung bringen können, ohne durch Krieg und Kriegsgeschrei gefährdet zu werden. „Mein Appell an diese Konferenz ist“, so schloß MacDonaldis, „nichts zu fürchten und aus den Beratungskammern, von denen unsere künftige Arbeit ausgeht, keine Vorschläge hervorgehen zu lassen, die durch ihren bloßen Charakter die Unterführung der ganzen Welt sichern.“

Unterredung zwischen von Bapen und Herriot

Lausanne, 16. Juni. Heute mittag findet eine Zusammenkunft zwischen Reichskanzler von Bapen und dem französischen Ministerpräsidenten Herriot statt. Nachmittags werden die Delegationsführer zusammentreten, um noch weitere Fragen der Konferenztechnik zu regeln. Im übrigen finden heute keine eigentlichen Konferenzarbeiten statt. Die nächste Sitzung, die jedoch nicht öffentlich sein wird, ist auf morgen vormittag 10 Uhr anberaumt.

Lausanne, 16. Juni. Bei der Besprechung, die Reichskanzler von Bapen heute mittag mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot hatte, gab er diesem eine Darlegung der innenpolitischen Situation in Deutschland, die er in ihren Einzelheiten schilderte. Weiter wurde eine eingehende Besprechung der ganzen Konferenzgegenstände

Die erste Rede des deutschen Kanzlers

Lausanne, 17. Juni. Reichskanzler v. Bapen nahm heute vormittag in der geschlossenen Sitzung der Reparationskonferenz als erster Redner das Wort. Einleitend ging er kurz auf die gestrigen Ausführungen MacDonaldis ein, um dann festzustellen, daß es sich bei der Reparationsfrage nicht um juristische Probleme handele, da die Ganger Abkommen rechtskräftig unterzeichnet worden seien und von niemandem abgelehnt würden. Es handele sich vielmehr jetzt um heute gegebene Tatsachen, aus denen die notwendigen Folgerungen zu ziehen seien. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen entwarf der Kanzler ein großangelegtes Bild von der Weltwirtschaftslage, wobei er aufginge, wie die Weltwirtschaft seit der Schaffung des Youngplans im Jahre 1929 sich gewandelt hat und aus Optimismus in Verzweiflung und Pessimismus übergegangen ist. Im zweiten Teile seiner Rede ging der Kanzler besonders auf die Lage in Deutschland ein und wies darauf hin, daß der beratende Sonderausschuß bereits im Dezember des vorigen Jahres die Steuerbelastung in Deutschland als das Maximum bezeichnet habe, daß man aber trotzdem jetzt noch neue Steuern habe ausfinden müssen, um den Staatbetrieb aufrechtzuerhalten zu können. Arbeitslosigkeit, Hoffnungslosigkeit, Radikalismus, Schrumpfung des Devisenaufkommens, das nicht einmal den Zinsen- und Tilgungsdienst auch nur der privaten Auslandsverschuldung aufbringen könne, seien Symptome dieser Entwicklung. Der Redner betonte, daß man die deutschen Reparationsleistungen nicht nach dem Empfangswerte, sondern nach dem wirklichen Werte berechnen müsse, die sie für den Besonderen gehabt hätten. Eine Berechnung nach diesem wirklichen Werte bringe die Leistungen auf unvorstellbar große Zahlen.

Dann widerlegte der Kanzler die Auffassung, als würde die Befreiung Deutschlands von seinen Schulden seine Reparationsfähigkeit übermäßig steigern. Die Reparationsleistungen haben sich, so betonte der Kanzler, als unmöglich und schädlich erwiesen und die gemachten Erfahrungen schließen die Möglichkeit eines neuen Experimentes dergleichen für die Zukunft aus. Die Reparationsleistungen waren ursprünglich für den Wiederaufbau des zerstörten Gebietes bestimmt, so bauen aber nichts auf, sondern gehören ihrerseits.

durchgeführt, die in freundschaftlichen Formen verlauf und als ergiebig angesehen werden darf. Die Besprechung dauerte über eine Stunde.

Verbüllte Fühlungsnahme

Lausanne, 16. Juni. Im Laufe des heutigen Nachmittags statteten Reichskanzler von Bapen dem englischen Premierminister MacDonaldis und Reichsaussenminister von Neurath dem englischen Außenminister Sir John Simon Besuche ab. Abgesehen von der persönlichen Fühlungsnahme gelten diese Unterhaltungen einer gegenseitigen Darlegung des auf der Konferenz einzunehmenden Standpunktes der beiden Delegationen. Im weiteren Verlauf des Abends stattete Ministerpräsident Herriot dem Reichskanzler einen Gegenseitbesuch ab, der längere Zeit dauerte.

Erklärung der Gläubigermächte

Erwidern des Reichskanzlers v. Bapen

Lausanne, 17. Juni. Zu Beginn der heutigen Sitzung der Reparationskonferenz verlas Premierminister MacDonaldis eine von den Vertretern Englands, Frankreichs, Italiens, Belgiens und Japans eingereichte Erklärung, in der sich diese Regierungen für eine unverzügliche Lösung der Konferenzprobleme im Rahmen eines Weltabkommens aussprechen und im Hinblick auf den Ablauf des Hoover-Moratoriums erklären, daß unbeschadet späterer Abfindungen die Reparationszahlungen der an der Konferenz teilnehmenden Regierungen für die Dauer der Konferenz ausgesetzt werden sollen.

Reichskanzler von Bapen begrüßte diesen Vorschlag als den ersten sachlichen Beweis des guten Willens, die endgültigen und umfassenden Beschlüsse, die die heutige Lage fordert, zu fassen.

Krawall im Reichsarbeitsministerium

Berlin, 17. Juni. Gegen mittag sammelten sich heute in der Nähe des Reichsarbeitsministeriums Gruppen von Arbeitslosen und Kriegsbekämpften an. Aus der erregten Menge brangen etwa 15 Personen gewaltsam in das Reichsarbeitsministerium ein und verlangten unter tätlicher Bedrohung der Polizei und des Aufsichtspersonals Zutritt zum Reichsarbeitsminister. Die Krawalle dauerten bei Redaktionschluss noch an.

Nationalsozialistisches Ministerium in Oldenburg

Oldenburg, 16. Juni. In der Nachmittagsitzung des oldenburgischen Landtages wurde das neue Staatsministerium gewählt. Zum Ministerpräsidenten wählte das Haus den von den Nationalsozialisten vorgeschlagenen Abgeordneten Karl Höber. Der neue Ministerpräsident schlug für die beiden anderen Ministerposten den Abgeordneten Landgerichtsrat Paul von der HEDW. und den nationalsozialistischen Schriftleiter und Abgeordneten Spangemacher vor. Während der Ministerpräsident mit 28 von 41 Stimmen, und zwar von den Nationalsozialisten, den Deutschnationalen und den Landvolkvertretern gewählt worden war, entfielen auf die beiden Minister je 25 Stimmen. Bei dem Wahlvorschlag kamen von den Sozialdemokraten Kufe wie „Parteiuchminister“. Der neue Ministerpräsident gab eine kurze Erklärung ab, in der er betonte, daß er das Amt auf den Befehl Adolf Hitlers übernehme. Er erklärte weiter, daß keiner der beiden Minister Ansprüche an den Staat stellen werde, falls er ausfallen sollte. Keiner der drei Minister werde das Juni-Gehalt in Anspruch nehmen, sondern die zuständige Ge-